

Propaganda und politischen Massenarbeit sowie Austausch von Informationen zur Vertiefung der konkreten Kenntnisse der Armeeangehörigen über die Waffenbrüder und deren Heimat; Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung in der Kaderaus- und Weiterbildung, in der militärwissenschaftlichen und -technischen Forschung und Entwicklung; vielfältige Begegnungen von Angehörigen der Bruderarmeen bei Meetings, Appellen, kulturellen und sportlichen Veranstaltungen. Von besonderer Bedeutung sind die engen Waffenbrüderschaftsbeziehungen zur Sowjetarmee. Die ständige Vertiefung der s. W. ist angesichts der größer werdenden Verantwortung der sozialistischen Staaten und Armeen für den Schutz des *-*Friedens* und des Sozialismus sowie für die Unterstützung des Kampfes der Völker um nationale und soziale Befreiung ein wachsendes Erfordernis. Die s. W. ist sowohl Voraussetzung als auch Ergebnis ständig hoher Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft der sozialistischen Streitkräfte. Sie ist ein Unterpfand der siegreichen Verteidigung des Sozialismus. Der X. Parteitag der SED stellte fest: »Eingedenk ihrer Verantwortung für die Erhaltung des Friedens und die Sicherheit der sozialistischen Gemeinschaft stärkt die Deutsche Demokratische Republik als Teilnehmerstaat des Warschauer Vertrages die Kampfkraft und Geschlossenheit der sozialistischen Militärkoalition.« (Honecker, X. Parteitag, S. 125)

Sozialpartnerschaft: eine Spielart der Ideologie und Politik des *—*Sozialreformismus* in einigen kapitalistischen Ländern, u. a. in der BRD und in Österreich, die auf die Klassenzusammenarbeit zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie orientiert. Die Idee der S. äußert sich am konzentriertesten in der Behauptung, daß der Kapitalismus sein Wesen

verändert habe, Lohnarbeiter und Bourgeoisie nicht mehr Klassengegner, sondern »Partner« seien, daß zwischen ihnen ein übergeordnetes, gemeinsames Interesse bestehe, das durch staatliche Einrichtungen vermittelt werde.

Die Konzeption der S. bildete sich in dieser spezifischen Form nach dem zweiten Weltkrieg im Zusammenhang mit der Abwälzung der Kriegs- und Nachkriegsschwierigkeiten auf die Werktätigen heraus. Auf der Grundlage des Antikommunismus, z. T. unter Anknüpfung an die Idee der antifaschistischen Einheit, wurde der Vorrang gemeinsamer, gesamtgesellschaftlicher Interessen aller Demokraten betont. Weitere Quellen sind der Zwang des *—<■ Imperialismus*, sich den veränderten Existenzbedingungen anzupassen sowie die völlige Integration der rechten sozialdemokratischen Führer in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem. Die S. dient bürgerlichen und sozialreformistischen Politikern und Ideologen als theoretische Begründung für die vielfältigsten Anstrengungen; die Arbeiterbewegung politisch und ideologisch in das staatsmonopolistische System zu integrieren. Besonders in zugespitzten ökonomischen und politischen Krisensituationen soll erreicht werden, daß die Arbeiter angebliche »egoistische Gruppeninteressen«, d. h. Forderungen nach sozialer Sicherheit, Erweiterung demokratischer Rechte, Streikaktionen usw., zurückstellen und »systemerhaltend« handeln. Die Konzeption der S. ist mit der Schaffung einer Vielzahl von Institutionen verbunden, die als wirtschafts- und gesellschaftspolitische Steuerungsinstrumente auf immer mehr Gebieten eingesetzt werden, besonders auf Gebieten der Lohn-, Preis- und Währungspolitik, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Regional- und Strukturpolitik. Ein Grundzug der S. ist die Tendenz zum Abbau der